

„Die Gemeinde ist wichtiger als der Staat und das Wichtigste in der Gemeinde sind die Bürger.“ - Theodor Heuss

BK

Nordhäuser
Bürgerkurier

1,20 €



Wer selbst frei ist, wird auch den notwendigen Respekt vor der Freiheit anderer und Toleranz für andere Denkweisen und Lebensformen aufbringen. Es lohnt sich dafür tagtäglich einzustehen!

Liberaler Kommunalpolitik setzt auf die Kraft und die Verantwortung des Einzelnen, aber auch auf die Freiheit gemeinschaftlicher Initiative in der Gesellschaft.

LIBERALE ZEITUNG FÜR LANDKREIS UND STADT NORDHAUSEN



Prinzipien liberaler Politik vor Ort sind: Individuelle Verantwortung, Gleichheit aller Bürger, Bürgerbeteiligung, Selbstorganisation, Integration und kulturelle Vielfalt.

Unser Kreis, die Städte und Gemeinden brauchen Vertreter, die sich diesem Handeln verpflichtet fühlen. Wer die vergangene Legislaturperiode Revue passieren lässt wird sehr schnell zu dem Schluss kommen, dass den „großen“ Parteien dringend Paroli geboten werden muss. Mit Ihrer Stimme für die Kandidaten der FDP sichern Sie diesen Anspruch!

ANZEIGE

Quizfrage: Was haben Oberbürgermeister Zeh und Landrätin Keller gemeinsam?

Antwort: Beide werden ihr Mandat für Stadtrat bzw. Kreisrat nicht annehmen, da sie sonst von ihrem Amt zurücktreten müssten.

Für Freunde Gutbürgerlicher Deutscher Küche

Inh. Norbert Schellknecht

Geseniusstr. 2
99734 Nordhausen
Telefon: 03631/60 40 79

Öffnungszeiten
Di. - Sa. ab 17.00 Uhr

An Sonn- und Feiertagen gesonderte Öffnungszeiten (und nach Absprache)

FAMILIENFEIERN STAMMTISCH FIRMENJUBILÄEN
BIERGARTEN SONSTIGE FESTE

Das leistungsorientierte Schulwesen auch in Nordhausen erhalten

VON FRANKA HITZING

Die FDP steht für ein begabungsorientiertes Schulsystem in dem Leistung gefördert und bewertet wird. Noten und Versetzungsentscheidungen abschaffen, die Einführung der Einheitsschule unter dem schöner klingenden Etikett „Gemeinschaftsschule“, Inklusion um (fast) jeden Preis ... die Ideen des SPD-Bildungsministers Matschie zur Umgestaltung unserer Schulen, sorgen für viel Verunsicherung in den Familien und der Lehrerschaft. Dagegen stellte sich im Landtag nur die FDP. Gemeinsam mit protestierenden Eltern und Lehrern konnte Schlimmeres gerade noch verhindert werden. Die CDU ließ Matschie gewähren oder half gar bereitwillig. Erst jetzt, zum Ende der Legislaturperiode entdeckt die Union wieder ihr Herz für traditionelle bürgerliche Werte in der Bildungspolitik – bei uns schlug dieses hingegen immer kräftig.



Was aber viele nicht wissen: Schulpolitik wird nicht nur von Erfurt aus bestimmt, sondern auch von den Kreisen und Gemeinden als Schulträgern. Die Umwandlung von Regelschulen zu Gemeinschaftsschulen kann der Kreis verhindern! Die FDP steht auch im Kreis Nordhausen fest zu den Regelschulen. Wir wollen sie wieder zum Rückgrat unseres Schulsystems machen, weil sie eben die Vorbereitung auf die Berufsausbildung nicht vernachlässigt. Die gute Erreichbarkeit über den Schülerverkehr trägt genauso zur Attraktivität einer Schule bei, wie ein Schulgebäude, das modernen Ansprüchen genügt. Dafür setzt sich die FDP im Kreistag ein!

Übrigens ist es für uns kein Zufall, dass in Ländern in denen Landkreise fusioniert wurden, recht bald auch viele Schulstandorte geschlossen wurden. Wir wollen, dass der Landkreis Nordhausen eigenständig bleibt. Unser Landkreis ist stark genug, um auch in Zukunft allein bestehen zu können. Was wir jedoch benötigen – und dafür steht die FDP in Nordhausen – sind Kooperationen mit anderen Kommunen und Landkreisen. Sie können mit Ihrer Stimme für die FDP-Kandidaten ein deutliches Zeichen nach Erfurt schicken!

Damit Nordhausen fetzt !- Nur Jammern und Nörgeln können andere

Die Südharzregion ist schön, attraktiv und lebenswert- mitten in Deutschland und Europa gelegen, gut am europäischen Fernstraßennetz angeschlossen, mit einem breit aufgestellten Bildungsangebot aus Hochschule, Fachschulen, Gymnasien, Schulen und Kindertagesstätten. Von überwältigendem ehrenamtlichen Engagement getragen gibt es ein vielfältiges Sport- und Vereinsleben (z. B. Angeln, Feuerwehr, Fußball und anderen Sportarten). Kulturelle Angebote reichen von Theater, Museen, Gedenkstätten, Konzerten etc. bis Bibliotheken. Mit mehreren Krankenhäusern und einer Vielzahl von Arztpraxen ist der Landkreis auch im Bereich der gesundheitlichen Versorgung gut aufgestellt. Das Einkaufsangebot wird bunter, auch auf den Dörfern entstehen wieder Verkaufsstellen. Viele junge Menschen kommen in die Region zum Studium und zur Berufsausbildung. „Auswanderer“ aus den Neunzigern kehren zurück. Es gibt bezahlbaren Wohn- und Gewerberaum. Ein Industriegebiet und viele Gewerbeflächen stehen zur Ansiedlung bereit. Die Chancen für eine gute Entwicklung in der Zukunft, für Aufbau und Ausbau statt Rückbau, stehen gut. Sie müssen aber auch genutzt werden. Gegenwärtig steht der Landkreis bei einem bundesweiten Ranking zur Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftskraft auf Platz 357 von 388 Landkreisen und an 17. Stelle in Thüringen. Ein jahrelanges Gegen- statt Miteinander zwischen Stadt und Landkreis Nordhausen haben die Entwicklung in unserem Kreis behindert und die Außendarstellung und somit das Standortmarketing getrübt. Städte, Gemeinden und der Kreis müssen gemeinsam das Ziel verfolgen, die Kehrtwende einzuleiten. Mehr junge Menschen bleiben in unserer Heimat im Bewusstsein, guter Ausbildungschancen und immer besser bezahlter Arbeitsplätze. Eine wirtschafts- und bürgerfreundliche Verwaltung, niedrige kommunale Abgaben, solides Haushalten ermöglichen eine Aufbruchstimmung. Den größten Bevölkerungszuwachs im Jahr 2012 gab es in Leipzig, keine 150 km von Nordhausen entfernt, nicht in München, nicht in Süddeutschland.



Bildquelle: Stephanie Hofschlaeger / Pixelio.de

Medizinische Versorgung

VON DR. WOLF-DETLEV HÖPKER



Die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen, wohnortnahen Gesundheitsversorgung gehört zu den zentralen Elementen der Lebensqualität vor Ort und ist ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor. Die teilweise erheblichen Folgen der demografischen Entwicklung besonders im ländlichen Raum potenziert diese Feststellung. Die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen und deren ständiger flexibler dynamischen Anpassung ist ein wichtiges Anliegen liberaler Politik.

Von der Großen Koalition muss erwartet werden, dass das System entschlackt wird, die diagnostische und therapeutische Freiheit wiederhergestellt wird, die versorgungsfremden Mengensteuerung minimiert wird, der Wegfall von Regressen erfolgt und eine spürbare Entbürokratisierung des Systems vorgenommen wird. Die Krankenhäuser erwarten zu Recht eine solide Finanzierungsbasis als Voraussetzung für eine hohe Qualität der medizinischen Betreuung mit ausreichendem Zeitfond für den Pflegebereich. Bei der ambulanten medizinischen Betreuung gehört das Primat den zugelassenen Vertragsärzten und Psychologen, was nicht ausschließt, dass im Bedarfsfall andere Leistungsträger hinzugezogen werden können.

Der Kreis Nordhausen hat mit seinen drei Krankenhäusern, den 110 Arzt- und Psychologenpraxen mit 120 Ärzten und Psychologen und ca. 450 Mitarbeitern ein beachtenswertes Potential. Den kommunalen Gremien erwächst hieraus sehr große Verantwortung. Der Stabilität der ärztlichen Besetzung im Krankenhaus und einen dem Standard entsprechendem Schlüssel im Pflegebereich kommt eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu.

Im ambulanten Bereich müssen wir glücklicherweise derzeit, außer einer nichtbesetzten Psychotherapeutenstelle, keinen Mangel beklagen. Allerdings kann sich das Bedarfplanungsbild auf Grund des durchschnittlichen Alters der Praxisinhaber in den nächsten Jahren ändern. Wenn sich Bedarfsplanungslücken anbahnen, also Unterversorgung droht, obliegt es den Gremien der Selbstverwaltung (Krankenkassen, Kassenärztliche Vereinigung und ggf. Krankenhausgesellschaft) unter Aufsicht des Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen ggf. auch in Zusammenarbeit mit den örtlichen Kommunen zeitnah geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Hierfür gibt es im Freistaat bereits funktionierende Beispiele.

Wir werden uns mit Kompetenz und Engagement in Stadtrat und Kreistag einbringen.

Städtische Verkehrsströmung

VON MARTIN HÖFER



Die verkehrsorganisierende Entwicklung war hoffnungslos unüberlegt. Altbewährtes wurde geändert und durch neues meist sinnlose Lösungen ersetzt.

Wir hatten zum Beispiel eine Haltestelle vor unserem Kino. Von dieser Haltestelle erreichte man das Theater, die Sparkasse und das Rathaus, ebenso die Post ohne lange Wege. Diese Haltestelle machte an dieser Stelle Sinn und stellte kaum eine Verkehrseinschränkung dar. Frau Klaan und die damalige Oberbürgermeisterin fanden es aber deutlich schicker, wenn eine Haltestelle nicht mehr vor dem Kino ist, sondern direkt vor dem Rathaus. Hier hat die Haltestelle nun auch noch die Möglichkeit nicht nur Fahrgäste ein- und aussteigen zu lassen, sondern diese Haltestelle ist auch - und das besonders - ein Verkehrshindernis, besser noch ein stauorganisierendes Straßenelement geworden.

Ein weiterer Hort ständiger Freude ist die Ampelschaltung von Bielen bis nach Krimderode. Hier darf man, egal mit welcher Geschwindigkeit man diese Route fährt, immer davon ausgehen, dass die Farbe rot dominiert und eine grüne Welle einen niemals erfreut. Ganz nebenbei sei erwähnt, dass wir das Einundzwanzigste Jahrhundert schreiben

und es wohl kaum ein Problem darstellen dürfte, die städtischen Verkehrsströme besser zu organisieren.

ANZEIGE

Steuerberaterin Ute Höfer

Kranichstraße 11 a • 99734 Nordhausen

Tel.: 0 36 31 - 90 21 05

Fax: 0 36 31 - 90 21 04

www.steuerberater-hoefer.de

Kommunale Sozialpolitik

VON ANTONIUS PILLE



Sicherlich bin ich noch Vielen bekannt als ehemaliger (1991-2010) Geschäftsführer des Südharzkrankenhauses. Nach langen Überlegungen habe ich mich entschlossen 2014 für den Stadtrat und den Kreistag in Nordhausen zu kandidieren. In diesem Zusammenhang gab mir die FDP die Möglichkeit auf ihrer Liste als parteilos zu kandidieren und den Bereich der Sozialpolitik zu besetzen.

Was ist kommunale Sozialpolitik?

Theoretisch gibt es eine Vielzahl von kommunalpolitischen Handlungsfeldern. Dazu zählen neben der Fürsorge-, Integrations- und Armutspolitik auch Aufgaben im Bereich der Bildungs-, Senioren- und Wohnungspolitik sowie auch eine Förderung der Gesundheitspolitik. In der Realität gibt es eine eigenständige kommunale Sozialpolitik so gut wie nicht. Kommunale Sozialpolitik wird eher gesehen in staatlicher Gesetzgebung und staatlichen Vorschriften. Es erfolgt auf kommunaler Ebene kaum eine eigenständige Auslegung der Gesetze und Vorschriften und wenn, dann nur zufällig bei der Implementierung der genannten Gesetze und Vorschriften.

Was ist eine dem Bürger zugewandte kommunale Sozialpolitik?

Neben Lebensgemeinschaften und der Familie organisiert die kommunale Sozialpolitik, die sich an den Grundgedanken der sozialen Stadt als solidarisches Gemeinwesen orientiert, den sozialen Ausgleich in der bürgerlichen Gesellschaft und strebt dabei einen sozialpolitischen Konsens in der Stadt oder Gemeinde an. Dieses Ziel kann jedoch nur erreicht werden, wenn sich die kommunale Verwaltung nicht als Ordnungsbehörde versteht, sondern sich hinwendet zu einer Dienstleistungsbehörde, die den Bürger in den Mittelpunkt seines Handelns stellt. Das fördert nicht nur die allgemeine Akzeptanz, sondern stärkt auch die Solidarität und verbessert die Effizienz und Effektivität.

Was muss sich in den Institutionen ändern?

Wir brauchen eine eigenständige kommunale Sozialpolitik, die sich an den Gegebenheiten in Nordhausen orientiert. Umbau der Verwaltung von einer Ordnungsbehörde, welche die Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften kontrolliert, hin zu einer Dienstleistungsbehörde, die aktiv den einzelnen Bürger bei der Lösung seiner Probleme unterstützt. Aufbau kommunaler Steuerungsinstrumente und Netzwerke, in die sich die kommunale Verwaltung aktiv einbringt. Mehr kommunale Gestaltung und weniger Verwaltung.

Was können Sie von mir erwarten?

Sollten Sie mir bei der Kommunalwahl im Mai dieses Jahres Ihr Vertrauen schenken, werde ich mich in meiner politischen Arbeit auf die sozialpolitischen Aufgaben und Probleme konzentrieren. Dabei habe ich den Anspruch, dass nicht nur eine eigenständige kommunale Sozialpolitik betrieben wird, sondern wir Veränderungen erzielen, die uns auf dem Weg zu einer sozialen Kommunalpolitik führen. Für diese Idee werde ich werben und versuchen, in den Parlamenten Mehrheiten für diese Idee zu organisieren. Ich habe hier absichtliche keine einzelnen Maßnahmen aufgezählt, denn verantwortungsvolle kommunale Sozialpolitik ist mehr als das Aneinanderreihen von Einzelmaßnahmen.

Einfach mal quer gedacht

(MHö) Unser zuletzt erstelltes Gebäude für die geradezu bescheidene Summe von ca. 13 Mio. □, sorgte schon bei der Namensgebung für mehrere Aufschreie aus allen Ecken. Der Arbeitstitel für diese Leihbücherei mit Sitzungssaal, Kaffee und Tiefgarage hieß schon mal „Kultur Bibliothek“ abgekürzt im Nordhäuser Jargon „KUBIBO“.

Der Stadtrat fand den von der ehemaligen Oberbürgermeisterin und ihrem verbündeten Fanclub gewünschten Namen „Nikolai-Forum“ nicht ganz so toll und nannte diesen „Rinke-Gedächtnisbau“ dann der historischen Reihenfolge angepasst nach dem Rathaus, dem Stadthaus, dem Waisenhaus, dem Badehaus nun dieses Gebäude schlicht und ergreifend Bürgerhaus. Eigentlich eine Fehlentscheidung, denn der Name verspricht mehr als er hält. Ein Bürgerhaus assoziiert Begegnung und Sich-Treffen.

Wenn man sich überlegt, wie oft, von den nahezu 42.000 Einwohnern der Stadt, sich jemals einer ein Buch aus der jetzt auch schon existierenden „Stadtbibliothek Rudolf Hagelstange“ geliehen hat, dann habe ich so meine Zweifel, was das Begegnen angeht. Wenn jeder Leser jetzt seinen Nachbarn ansieht und fragt: „wie Oft hast Du Dir ein Buch geliehen“, dann ... na ja Sie kennen schon das Ergebnis!

Über die architektonische Blamage nur ein paar Worte: Betrachtet man sich dieses Gebäude genauer, so stellt man fest, dass der schöne Teil des Hauses mit seinen Glasfassaden zum Hinterhofhaus degradiert wurde und der sicherlich unstrittig hässlichere Teil des Gebäudes wurde an der Straßenfront platziert. Durch die schon fast übererdig gebaute Tiefgarage, baute man Treppen die zum Hintereingang führen, in einer Dimension, welche den Aufgang zum Reichstag übertreffen. Der Sitzungssaal ist für eine optimale Verwendung im Verhältnis zu den dafür entstandenen Baukosten viel zu klein. Die Platzierungen der Bücher sind in den optimal lichtdurchfluteten Räumen, jedoch im Lesesaal gibt es kein Tageslicht.

Es werden die Stadtratssitzungen mit Sicherheit dort abgehalten, vielleicht auch kleinere Veranstaltungen durchgeführt, aber eben auch in Konkurrenz mit der Flohburg, dem Tabakspeicher und dem Kunsthaus. Sieht man dort die Besucherzahlen, so waren bis jetzt die Größe der Räumlichkeiten ausreichend.

Das Resümee dieser Betrachtung ist, mit viel Geld wurde nicht mehr erreicht als eine unglücklich gestaltete Lückenbebauung.



Noch mal Quergedacht

(MHö) Rückblickend muss man, ob man nun will oder nicht, zugeben, unsere Stadt veränderte sich in den letzten zwanzig Jahren zum Positiven. Das ewig alte mit Unkraut überwucherte Trümmergelände am Petersberg ist durch die Landesgartenschau deutlich verschönert worden. Die gesamte Rautenstraße hat einen schöneren Anblick zu bieten. Die neu gestalteten Häuser werten diese Straße auf.

Aber die Überschrift heißt ja „Quergedacht“, deshalb los geht's.

Diese Rautenstraße, eine der wichtigsten Hauptverkehrsstraßen, hatte man nach der Bombardierung unserer Heimatstadt nicht wieder auf der alten Route aufgebaut. In der weisen Voraussicht eines erheblich steigenden Verkehrsaufkommens wurde sie großzügig angelegt.

Unsere Städteplanerin, Frau Klaan, entdeckte den grünen ökologischen Teil in ihrer CDU Seele und plante, trotz der Erkenntnis, dass die Autos immer mehr werden, fröhliche Verkehrshindernisse für diese vierspurige Hauptverkehrsstraße. Erstmal wurde sie zweispurig umgestaltet und die Straßenbahnschienen wurden nicht etwa, wie in allen größeren Städten, mit einer für den Verkehr nutzbaren Pflasterung umgeben, sondern sie wurden begrünt. Also für Autofahrer eine absolute Sperrzone. Diese Grünfläche wandelt sich dann im Verlauf eines Kalenderjahres von Grün mit bunten Krokussen zu gelblich verdorrtem Savannengras. Zurück zur Straße, es wurden Parklücken geschaffen mit unnötigen Begrenzungsstelen und kleinen Bordsteinkanten als glückliche Hindernisse beim Einparken. Aber der Clou: am jeweiligen Ende der Rautenstraße wurden Haltestellen platziert die ordnungsgemäß nach jeder Straßenbahn und jedem Bus im Fünfminutentakt einen gut organisierten Stau verursachen und das hoch wie runter. Die Haltestelle vor dem Kino, sie hatte sich an diesem Standort seit fünfzig Jahren bewährt, hätte dieses Chaos zumindest an einem Ende der Straße vermieden. Aber sie war nicht mehr gewollt. Die Begründung der damaligen Stadtchefplanerin war, „die Verkehrsströme durch die Stadt sollen sich andere Wege suchen und auf die Rautenstraße als Hauptverkehrsader verzichten“. Nur die Autofahrer, die sturen „Köpfe“, sie machen's nicht und haben's auch nicht gemacht. Damit auch der letzte merkt, dass Nordhausen eigentlich „Schilda“ ist, plante die Stadtplanungs-Chefin zumindest an das eine Ende der eingeebneten Straße ein Einkaufszentrum. Clever oder?

Populistisch?

(MHö) Es ist schon bemerkenswert wie wenig wirklich wichtige Aufgaben eine Staatssekretärin hat. Es war zu beobachten wie die Staatssekretärin von einem Spassauftritt zum nächsten eilte. Da wurde eine Verkaufsstelle in einem Dorf eröffnet, wer schneidet die Einlassperre durch? Frau Staatssekretärin Klaan! Eine Umgehungsstraße in Ilfeld wurde nicht gebaut und wer schraubt das Schild mit der Geschwindigkeitsbegrenzung 30 an? Frau Staatssekretärin Klaan! In meiner Naivität glaubte ich immer, ein Mensch mit den Aufgaben eines Staatssekretärs hat wichtige Aufgaben - eben Aufgaben wofür auch das entsprechende Gehalt gezahlt wird. Aber nun durfte ich beobachten: Es scheint anders zu sein!

Finger weg von der Rüdigsdorfer Schweiz!

VON MANUEL THUME



Seit Monaten kämpfen engagierte Bürger der Region gegen die Pläne zum Gipsabbau in der Rüdigsdorfer Schweiz und damit stehen sie auch nicht allein da. Alle demokratischen Parteien in Stadtrat und Kreistag unterstützen diesen Kampf. Auch die FDP hat sich schon frühzeitig gegen eine Neuverritzung und neue Abbaugelände in unserer Region ausgesprochen. Vor vielen Jahren war die FDP im Stadtrat ein Mitinitiator einer parteiübergreifenden Erklärung zum Schutz unserer Landschaft.

Der Schutz der Umwelt und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen sind im Sinne von Vielfalt und Verantwortung zentrale Aufgabenfelder liberaler Politik. Zu diesem Ziel bekennt sich die FDP Nordhausen. Wir sind gegen weitere Gipsabbauflächen im Südharz - insbesondere die Rüdigsdorfer Schweiz ist in ihrem Kernbereich als wichtiges Naturschutz- und Gipskarstgebiet vor neuen Verritzungen zu schützen. Des Weiteren muss eine ausgewogene Balance gefunden werden zwischen der Sicherung regionaler Arbeitsplätze sowie der berechtigten Erwartung einer umweltverträglichen Bewirtschaftung im Bereich der Südhärzer Karstlandschaft. Innovationen und Renaturierungen eröffnen hierbei weitgehende Möglichkeiten.

Das Hauptproblem ist, dass es keine Regelungen darüber gibt, ob nun das Bergrecht oder das Naturschutzgesetz Vorrang haben. Hier will die FDP über ihre Landtagsfraktionen einen Vorstoß in den Landesparlamenten starten, dass die Landesregierungen über den Bundesrat eine endgültige Klärung des Sachverhaltes erreichen.

Man kann erkennen, wie weitreichend diese Problematik ist. Die Bürger werden aber nicht im Stich gelassen in ihrem Kampf – die FDP steht an ihrer Seite und sagt: Finger weg von der Rüdigsdorfer Schweiz!

Stadtratswahlen – Wen soll ich wählen?

(MHö) Die Kandidaten, welche sich für die Entwicklung der Stadt einsetzen, sollten die sein, welche man in die engere Wahl nimmt. Wertet man die Anfragen und Anträge der Sitzungen, der letzten fünf Jahre aus, so muss man feststellen, dass die drei Abgeordneten der FDP sich stets für die Interessen unserer Nordhäuser eingesetzt haben.

Die FDP hat dreimal in Folge, die Mehrheit des Stadtrates davon überzeugen können, dass die Erhöhung der Grundsteuer unseren Hauseigentümern und den Mietern (die Grundsteuer darf auf die Nebenkosten bei der Miete umgelegt werden) nicht zugemutet werden kann. Herrn BM Jendricke war als Zuständiger für die städtischen Einnahmen wenig begeistert.

Die Erhöhung des Gewerbesteuererhebungsbesatzes konnte auch mit der Mehrheit von FDP, Linke und CDU verhindert werden. Die schon seit über sieben Jahren schwelende Idee der FDP Fraktion den Neuen Weg auch in Richtung Sand als Straße verwendbar zu machen, wurde ebenso umgesetzt. Die Idee der „Wippe“ als Verbindung hinter dem Stadthaus und der Rautenstraße stammt ebenfalls aus der FDP-Fraktion. Es wurde auch nicht in der Presse erwähnt, dass von der FDP Fraktion für die Kindergärtnerinnen die tarifgerechte Bezahlung eingefordert wurde.

Das sind nur ein paar Beispiele... Sie als Wähler können davon ausgehen, dass diese kleine FDP Fraktion nicht nur rührig war, sondern, wenn Sie ihr wieder ihr Vertrauen schenken, wird sie wieder sich ehrenamtlich für die Lösung ihrer Probleme stark machen!

In der letzten Legislaturperiode wurde jedem dieser drei Fraktionsmitglieder der Vorsitz eines Ausschusses anvertraut. Herr Roßberg war der Vorsitzende des Ausschusses für Bau und Wirtschaftsförderung, Frau Klingebiel war die Sozialausschussvorsitzende und Herr Höfer leitete den Ausschuss zur Klärung aller Umstände betreffend der „Kulturbibliothek“.

Es ist zumindest schon bemerkenswert, dass von 36 Stadträten, drei Stadträte von der kleinsten Fraktion, jeder einen Ausschussvorsitz übertragen bekam. Zumindest ist das Resümee gerechtfertigt, dass die FDP-Stadträte sich bei Ihren Kollegen großes Vertrauen und großen Respekt erworben haben. Wir würden gerne unser Wissen und unser Engagement wieder einbringen, wenn Sie als Souverän, als Wähler uns ihre Stimme geben.

Nordhäuser Wirtschaft fördern

VON SYLVIA DAEHN



Was können wir tun, damit Nordhausen ein starkes Zentrum wird? Grundlage dafür sind Firmen mit attraktiven Arbeitsplätzen. Das Industriegebiet bietet endlich die Chance, Industriebetriebe direkt in Autobahnnähe anzusiedeln. Entscheidend für die Standortwahl von Firmen ist neben der Verkehrsanbindung die Höhe der kommunalen Abgaben und damit die Höhe der Gewerbesteuer. Nordhausen liegt hier auf einer Bewerberachse mit anderen Orten an der A38 und wird mit denen hinsichtlich der Standortattraktivität verglichen.

Schon lange haben wir ziemlich hohe Grund- und Gewerbesteuern, weil es in der Vergangenheit leicht war, diese zu erhöhen und den Stadthaushalt damit auszugleichen. Aber was haben wir tatsächlich damit erreicht? Wir machen den Bürgern und regionalen Firmen das Leben schwer, während überregionale Betriebe schnell mal den steuerrelevanten Wohnsitz in günstigere Gegenden verlegen. Da kann es schon passieren, dass im Stadthaushalt einkalkulierte richtig hohe

Steuerbeträge nicht kommen. Und neue Firmen siedeln sich gleich etwas weiter im Osten an.

Die FDP hat sich immer gegen Steuererhöhungen gewehrt und wird dies im Interesse der Bürger und der Wirtschaft auch weiterhin tun. Zur Wirtschaftsförderung gehört neben günstigen Gewerbesteuer-sätzen aber auch aktives Standortmarketing. Die Wirtschaftsförderungen der Stadt und des Landkreises müssen hier endlich zusammen wirken und offensiver werden. Als aktive Werbung für die Region könnte es eine auf Nordhausen ausgerichtete Stellenbörse geben oder auch eine Bewerberbörse von Rückkehrwilligen, die dann Nordhäuser Firmen vorgestellt werden können. Als weiche Standortfaktoren bietet Nordhausen sehr viel: gute Kinderbetreuungsangebote, Vielfalt in der Kultur, eine abwechslungsreiche Landschaft, sehr gute medizinische Versorgung.

Mein Ziel als Stadträtin ist es, dass die Angebotsvielfalt in Nordhausen erhalten bleibt bzw. für mittlere Altersgruppen noch verbessert wird; dass es möglichst viele Events gibt, die die Leute begeistern; dass Nordhausen auch in Zukunft eine lebhafte und attraktive Stadt für alle Altersgruppen ist. Wir brauchen die Firmen und junge Familien in unserer Region.

Integration stärken und Rassismus bekämpfen

VON MARCEL HARDRATH



Fünf Jahre habe ich im schönen und zugleich furchtbar vom Rassismus geteiltem Südafrika gelebt, bevor ich 2011 in meine Heimatstadt zurückkehrte und feststellen musste, dass die NPD dort nun auch einen Stadtratsmitglied stellt.

In Johannesburg scheint jeden Tag die Sonne, durch den eisenhaltigen, roten Sand ergibt sich besonders nach den täglichen Sommergewittern zur Mittagsstunde eine Idylle, die sich kaum in Worte fassen lässt. Doch die Schönheit der Natur täuscht nicht wirklich über die gesellschaftlichen Missstände hinweg. Dort begann 1951 die heute als Apartheid bezeichnete Zeit, als Wohngebiete nach Rassen aufteilt wurden und später auch auf Parkbänken und an öffentlichen Toiletten Schilder mit dem Hinweis „nur für Weiße“ angebracht wurden. Das perfide System wurde durch ein Bildungssystem komplettiert um künftige Generationen auf ihren späteren Berufsweg im „Servicebereich“ vorzubereiten und zur besseren Bevölkerungskontrolle gab es außerdem Regelungen für den Anteil an schwarzen Studenten in Universitäten. Es entstand ein undurchdringliches Geflecht von Regelungen mit dem Ziel einer dauerhaften Spaltung. Nun, was haben diese historischen Tatsachen mit Nordhausen zu tun? Wenn man längere Zeit

nicht in Deutschland war und dann zurückkehrt, hat man einen anderen Blickwinkel für das ach so normale Leben. Es gibt in Nordhausen einen wachsenden Anteil an ausländischen Mitbürgern, Spätaussiedlern, Flüchtlingen und Migranten. Diese leben allerdings oft nicht mit uns in unserer Stadt, sondern neben uns in schon fast eigenen Vierteln und ihr Anteil wird in den kommenden Monaten und Jahren aufgrund von nicht nur ökonomischen und politischen Problemen in ihren Heimatländern weiter zunehmen.

Ich selbst bin Vater zweier Kinder, die sowohl die deutsche als auch die südafrikanische Staatsbürgerschaft besitzen und sich ihrer Herkunft als „Zulus“ und „Deutsche“ bewusst sein sollten. Der alltägliche latente Rassismus wird durch eine fortschreitende Segregation nur gefördert. Es werden Argumente hervorgebracht, wie die Verschlechterung des sozialen Umfelds und die schlechtere Vermietungsquote von Wohnraum, wenn es darum geht, Migranten in der Mitte unserer Stadt anzusiedeln. Fördert man Rassismus nicht gerade durch die Trennung und die damit verbundene Erschwerung von sozialen Kontakten? Wie soll man Ausländer dazu bewegen, die deutsche Sprache zu sprechen und über unsere Kultur zu lernen, wenn sie keine deutschen Nachbarn haben und sie in unserem sozialen Umfeld keine Rolle spielen? Stellen sie sich einmal vor, sie würden mit ihren Kindern im Supermarkt einkaufen gehen und ein ausländischer Mitbürger fragt sie, ob er einmal die Haare ihrer Kinder anfassen könnte. Wie würden Sie darauf reagieren? Mir passiert das relativ oft, allerdings sind es nicht die Ausländer, die diese Frage stellen. Meine Tochter bekommt regelmäßig nette Komplimente, dass sie „Schokosüß“ sei und wohl bei einer solchen schönen Haut keine Angst vor einem Sonnenbrand haben müsste! Sind solche Kommentare schon rassistisch? Ich glaube sie sind es nicht, zeigen aber auf wie unnatürlich eine solche Situation für viele Nordhäuser ist und Integration nicht einseitig gesehen werden darf. Dies bildet zudem einen Nährboden für Parteien, die das Anderssein zum Thema ihrer fremdenfeindlichen Propaganda machen und damit sogar bei der letzten Kommunalwahl einen Stadtratssitz erlangen konnten.

Es wird Zeit endlich umzudenken. Was bringen uns von Linken und Sozialdemokraten organisierte Demonstrationen, wenn wir nicht gleichzeitig über neue Wege der Integration nachdenken. Wie wollen wir Kriminalität bekämpfen, wenn wir Viertel schaffen in denen unser Bewusstsein für das Thema Rechtsstaat nicht gelebt wird? Wie wollen wir Kinder und jugendliche Ausländer motivieren Verantwortung zu übernehmen, wenn wir es nicht schaffen, Sprachbarrieren in der Jugendarbeit abzubauen? Wie wollen wir Rassismus bekämpfen, wenn wir nicht an der Wurzel des Problems ansetzen? Rechtsextreme verführen Menschen mit dem Schüren der Angst vor dem Unbekannten und hier gilt es anzusetzen. Wenn wir es schaffen, besser zu integrieren und alle Ausländer vorurteilsfrei als gleichberechtigte Mitbürger akzeptieren, müssen wir uns um Hass und Gewalt von Rechts kaum noch Sorgen machen.



ANZEIGE

**Baugeschäft
Ronald Brachmann**

Meisterbetrieb für
Zimmerei & Bedachung

Wir bitten um Mithilfe:

Wie viele Bürger und Gäste in Nordhausen schon bemerkt haben werden, ist in unserer Stadt eine bedrohte Art ausgemacht worden: **der Abfallbehälter!**

Diese Art (nebenstehend eine Aufnahme eines dieser scheuen „Wesen“) würde hier eine Vielzahl an Nahrung finden. Jedoch zeichnet sich die Stadtverwaltung nicht für deren Erhalt verantwortlich.



Die FDP will ein „Populationsprogramm“ ins Leben rufen, benötigt dafür aber die Unterstützung der Bürger. Nur mit ausreichendem Bürgervotum am 25.05. können wir im Stadtrat dieses Programm durchsetzen und den Abfallbehälter vor dem Aussterben in Nordhausen bewahren.

Bitte geben Sie ihm eine Chance. Danke.

Sie vermehren sich einfach nicht

(MHö) ... vielleicht stehen Sie auch einfach zu weit auseinander, trotzdem sind es einfach nicht sehr viele, es sind zu wenig.

Da gab es seinerzeit die Idee von der damaligen Oberbürgermeisterin, doch die Knöllchenschreiber damit zu beauftragen, die Bürger unserer Stadt genau dann zur Ordnung zu rufen, wenn sie Abfall einfach auf der Straße oder in der Gosse entsorgen.

Diese Idee war eigentlich Spitze. Der Katalog, der Ordnungsstrafe begann bei 10 € für das Wegschmeißen von Papier und dem Ausspucken von Kaugummi, Hundekacke kostete 30 €. Ich fand das zumindest schon mal ganz richtig um eine gewisse Ordnung herzustellen.

Kindern sagt man ja auch, schmeiß dein Zeug nicht so rum und Abfall gehört in den Abfalleimer – oder? Nur bestrafen ohne die Möglichkeit einer Entsorgung, ist eben dann doch nicht so ganz richtig. Und da haben wir das Problemchen, Sie vermehren sich nicht. Wir haben die stabilen steinalten aus Zierbeton diese stammen noch aus der DDR, dann haben wir sogar ein paar neuere westdeutsche Exemplare aus Metall. Aber allesamt sind sie im städtischen Erscheinungsbild kaum wahrnehmbar eher schon unscheinbar, weil? Sie vermehren sich nicht, diese Abfallsammelbehälter (früher Papierkörbe genannt).

Es wäre aber doch schön wenn sie es endlich mal täten.

Erst denken dann bauen

Die FDP hat als einzige Kraft im Stadtrat gegen den Bau der Kulturbibliothek gestimmt, denn die FDP ist eine Kulturpartei. Die Unterstützung des kulturellen Bereiches setzt solide Stadtfinanzen voraus. Die Instandsetzung und der Umbau mit barrierefreien Zugang der Bibliothek in der Nebelungstraße hätte nicht einmal ein Zehntel der jetzigen Bausumme gekostet und wäre mit gleich hohem Fördersatz unterstützt worden. In Nordhausen gibt es eine weitere große Bibliothek, die der Fachhochschule. Schon vor der Eröffnung der Kulturbibliothek, dem Bauwerk mit der teuersten Fassade im Kreis, weist die fachkundige neue Leiterin darauf hin, dass zukünftig in der Bibliothek stark auf den Ausbau des E-Book-Angebotes gesetzt werden soll. Bis zum heutigen Tag sind die zu erwartenden Folgekosten für den Betrieb des Neubaus an historischer Stelle nicht belastbar bekannt. Kulturschaffende und in Sport und Jugendhilfe engagierte Menschen unserer Stadt fürchten deshalb, bei den durch die Bibliothek gebundenen Mitteln zukünftig ohne städtische Unterstützung dazustehen.

In der Lessingschule in Nordhausen wurde für viel Geld eine leistungsstarke Lüftungsanlage für das Schulkochen eingebaut. Die FDP hatte angefragt, ob bei Schulbauten auch Lehrer, Eltern und Schüler in die Planung mit einbezogen werden. Dies wurde bejaht - Kochen findet leider an der Schule nicht wie geplant statt.

Fahrstuhl ?

(MHö) Wenn man darüber nachdenkt, wie oft eigentlich ein Bürger in seinem Leben zu unserem Oberbürgermeister in's Büro musste, dann stellt sich die Frage, ob ein Aufzug unbedingt erforderlich war. Wenn man mit dem OB reden will, braucht man immer einen Termin und da wäre auch ein anderer behindertengerechter erreichbarer Raum verfügbar. Der Aufwand und seine entstandenen Kosten stehen in keinem Vergleich zum Nutzen. Vor allem wenn man darüber nachdenkt, das nicht alle für die Bürger wichtigen Dienststellen aus dem Rathaus nicht behindertengerechte Zugänge haben.



ANZEIGEN

Das braucht Nordhausen!

Unser Programm für unsere Stadt:

- einkommensabhängige niedrige Kita-Gebühren
- Sanierung der Brücken
- keine Erhöhung von Grund- & Gewerbesteuer -> langfristig Senkung
- niedrigere Besoldung von Oberbürgermeister & 1. Beigeordnetem (Bürgermeister)
- Abschaffung des 2. Beigeordneten
- bürgerfreundliche Verwaltung
- Bestehendes erhalten, statt Neues mit Schulden bauen -> Neuinvestitionen nur bei solider Finanzlage
- Sparen in der Verwaltung und nicht beim Bürger
- Ausschreibungen in kleine Lose stückeln, damit ortsansässige Firmen eine Chance haben
- Abschaffung der Zweitwohnsitzsteuer -> stattdessen zahlen einer Zuzugsprämie
- keine doppelten Verwaltungsstrukturen -> Kooperationen mit dem Landkreis und anderen Kommunen
- Erstellung eines Mietpiegels für sozial gerechte Mieten
- mehr Bürgerbeteiligung bei kommunalen Standortentscheidungen
- mehr Parkbänke und Abfallkörbe in der Innenstadt
- Ausbau der Radwege, Radwegverbindung nach Herreden
- Entwirrung des innerstädtischen Verkehrschaos durch Änderung der Verkehrsführung, und Bau von Kreisverkehren an neuralgischen Punkten (z. B. Europakreuzung, Taschenberg/Hallesche Str.)
- Bildung eines Nordthüringer Verkehrsverbundes
- Erhalt der freiwilligen Feuerwehren in Stadt- & Ortsteilen
- Stadtratssitzungen müssen auch in den Ortsteilen stattfinden (so, wie es bei den Eingemeindungen vereinbart wurde)
- da investieren, wo es Geld und CO2 spart: Energiefresser in städtischen Gebäuden beseitigen -> Sanierung des Waisenhofes und damit die Miete an den ausländischen Investmentfond (Postgebäude) einsparen
- Sicherheit für die Bürger erhöhen, Geld und CO2 sparen: Moderne & energiesparende Stadtbeleuchtung
- flächendeckende Breitbandversorgung in Stadt, Altstadt und Ortsteilen
- Blitzen nur für die Verkehrssicherheit z. B. zu Unterrichtsanfängs- und Endzeiten und nicht um das Stadtsäckel zu füllen
- Nordhausen fetzt - für eine lebendige, lebenswerte Stadt mit Freizeit-, Sport- und Kulturangebot für Jung und Alt
- Kinderlärm ist Zukunftsmusik - für eine Kinder- und Jugendfreundliche Stadt
- Nordhausen demographiefest machen - für eine seniorenfreundliches Nordhausen, mehr Angebote für betreutes Wohnen, rollatorgerechte Verkehrsverbindungen; Gehwege, die keine Abenteuer-spielplätze sind, behindertengerechte Ausgestaltung des Verkehrsraums und der öffentlichen Verkehrsmittel
- das Theater bleibt erhalten
- zielgenaue finanzielle Unterstützung von Vereinen und Verbänden

Straßen-, Tief- und Landeskulturbau



Natur- und Betonsteinlegung,
Gestaltung von Außenanlagen,
Kanal- und Tiefbauleistungen,
Hangsicherung - Gabionen

Betonstraße 1 • 99734 Nordhausen - OT Sundhausen
Tel.: 0 36 31/47 64 42 • Fax: 0 36 31/47 64 88



Immobilienmanagement
Grundstücks- und
Gebäudeservice

Ingo Kirchhoff

Kastanienweg 7
99734 Nordhausen
Tel.: 03631-477900
Fax: 03631-477901
Mobil: 0179-1499752
e-mail: ikirchhoff@vipbase.de

- Vermarktung und Verkauf von Immobilien
- Instandhaltung, Service- und Wartungsarbeiten an Immobilien

Im Stadtteil Nordhausen Ost wurde das schöne Kinderhaus „Regenbogen“ errichtet, mit Kühlraum und entsprechend aufwendiger Elektroinstallation. Der Kühlraum steht leer. Nach der vermeintlich vollständigen Renovierung der Käthe-Kollwitz-Schule in Nordhausen und der Schule auf dem Petersberg fiel der FDP im Stadtrat auf, dass die Heizkosten nicht im zu erwartendem Umfang zurückgegangen sind. Leider wurde in die Isolierung, aber nicht ausreichend in die Heiztechnik investiert.

Auf Initiative der FDP hat der Stadtrat beschlossen, dass bei Neubauten und Renovierungen städtischer Gebäude ein großes Gewicht auf energetische Effizienz gelegt werden soll.

Die FDP ist nicht sozial?

VON MANUEL THUME

Diesen Spruch hört man des Öfteren, wenn man sich mit Leuten unterhält. Dass dies aber ebenso eine düstere Legende ist, wie die Aussage, welche vom Altbundeskanzler Schröder gemacht wurde, dass Wladimir Putin ein lupenreiner Demokrat sei, kann man anhand einiger Beispiele belegen. Nehmen wir mal unsere Stadtratsfraktion in Nordhausen. Diese drei Stadträte haben sich in den vergangenen 5 Jahren sehr wohl als die soziale Kraft im Stadtrat hervorgetan – anders ist wohl auch nicht zu erklären, dass der Vorsitz im Ausschuss für Bildung, Jugend und Soziales an die FDP gegangen ist.

So wurde den Stadträten im Jahr 2012 eine neue KiTa-Gebühren-Satzung vorgelegt. Seit dieser Zeit ist es so, dass z. B. der Bürgermeister der Stadt Nordhausen genauso viel Gebühren zahlt, wie eine Familie mit zwei Geringverdienern. Gleichmacherei hört sich zwar gut an, ist aber in diesem Fall ein klassisches Beispiel für soziale Ungerechtigkeit. Die FDP hat dieser Satzung nicht zugestimmt und hat im Februar 2014 einen Antrag zur Änderung dieser Satzung eingebracht. Diese soll beinhalten, dass die Gebühren nach dem Einkommen berechnet werden. Dann zahlt der Bürgermeister mehr als der Geringverdiener – tut ihm ja auch nicht weh, bei seinem Einkommen (ca. 6.500,00 €). Und apropos Bürgermeistergehalt: Vor der Oberbürgermeisterwahl im Jahr 2012 hat die FDP beantragt, die Besoldung auf die niedrigst mögliche Gruppe einzustufen, da unsere Stadt sparen muss und ein derart hohes Gehalt in keinem Verhältnis mit der Einwohnerentwicklung steht. Aber die drei großen Parteien im Stadtrat zeigten Einigkeit und lehnten unseren Antrag ab. Im darauffolgenden Tagesordnungspunkt ging es um die Bezahlung der Erzieher im neuen Kinderhaus in Ost. Die FDP-Fraktion bemängelte, dass diese laut Beschlusstext, nicht nach Tarif entlohnt werden sollen. Die Antwort der damaligen Oberbürgermeisterin und des Bürgermeisters waren eindeutig: Dafür ist kein Geld da! Fazit: Wenn es um die Gehälter der „Großkopferten“ geht, greift man gern in die Stadtkasse, aber dann reicht's halt nicht mehr für die Tarifbezahlung unserer Erzieher!

Nächstes Beispiel: Aufgrund immer leerer werdender Kassen im Rathaus gab es im Stadtrat Bestrebungen die Förderung der Jugendarbeit ganz einzustellen. Sicher, die Stadt muss dies nicht tun, da es eigentlich die Pflicht des Landkreises ist. Aber in den Jugendeinrichtungen wird wichtige Präventionsarbeit geleistet – und nicht zuletzt hängen auch dort Arbeitsplätze dran. Als FDP haben wir beantragt, die Förderung weiter vorzunehmen und die Gelder gerecht zu verteilen. Zwar konnte man nicht verhindern, dass die Fördersumme gekürzt wird, aber zumindest die Hälfte der Gelder konnte die FDP für die Einrichtungen retten. Es war ein harter Kampf, der sich aber gelohnt hat.

Das waren jetzt einige Belege dafür, dass die FDP in der Kommunalpolitik die einzige Partei ist, die sich um soziale Belange kümmert. Jeder soll sich sein eigenes Bild machen. Aber wer eine soziale und gerechte Kommunalpolitik will, der kann am 25.05. nur für die Kandidaten der FDP stimmen.



ANZEIGE

Rechtsanwälte
SIEBOLD & TREYDTE

Nordhausen • Halle (Saale)

Marko Siebold
Rechtsanwalt

Tel.: (03631) 98 30 77
Fax: (03631) 98 30 02

Bochumer Straße 157 • 99734 Nordhausen • www.siebold-treydte.de

Dezentrale Strukturen im Katastrophenschutz erhalten

VON ROBERT KLINGEBIEL



Die Attraktivität des ehrenamtlichen Engagements in unserer Gesellschaft nimmt stetig ab. Durch die sich geänderten Rahmenbedingungen im privaten und beruflichen Leben ist kaum noch Zeit für die Ausübung eines Ehrenamtes. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: „Ist der ehrenamtliche Katastrophenschutz ein Auslaufmodell?“. Diese Frage möchte ich auf den Landkreis bezogen beantworten. Welche Funktion erfüllt eine Feuerwehr im ländlichen Raum? Die originäre Aufgabe beispielsweise einer freiwilligen Feuerwehr: der Brand- und Katastrophenschutz, wird durch die Übernahme der kulturellen Ereignisse in Ortschaften erweitert. Nicht selten ist die Feuerwehr unterstützend oder leitend bei der Ausführung festlicher Veranstaltungen eingebunden.

Doch natürlich auch die Aufgabe der Brandbekämpfung kann nicht alleine durch zentrale große Wehren gestemmt werden. Die schnelle Hilfe direkt vor Ort ist oft bereits entscheidend für den weiteren Verlauf des Geschehens. Spätestens bei überregionalen Katastrophenlagen, wie einem Hochwasser, muss die hohe Anzahl an Einsatzkräften aus einer breit aufgestellten Organisation generiert werden. Um diesen Pool an Einsatzkräften nachhaltig zu sichern, muss eine starke Jugendarbeit vor Ort geleistet werden. Durch das Zusammenspiel von Jugend und Einsatzabteilung werden die Jugendlichen bereits im jungen Alter an die vielfältigen Tätigkeiten der Feuerwehr herangeführt. Für regionale Unternehmen, die verstärkt Probleme haben geeignete Bewerber für Ausbildungsplätze zu finden, sind Jugendabteilungen des Katastrophenschutzes ein interessanter Pool, um daraus technisch interessierte Jugendliche anzusprechen.

Um der Schwierigkeit bei der Mitgliederwerbung zu begegnen, muss neben Attraktivität des Ehrenamtes, auch die Akzeptanz bei Arbeitgebern gesteigert werden. Diese und viele andere Gründe sprechen für den Erhalt der Katastrophenschutzstrukturen im ländlichen Bereich. Ein seit vielen Jahrzehnten bewährtes Konzept aufzugeben würde bedeuten, den Problemen auszuweichen und nicht zu begegnen.

Daher trete ich ganz klar für eine Politik ein, welche die dezentralen Strukturen des Brand- und Katastrophenschutzes sichert und fördert.

Wir für Sie - unsere Kandidaten zur Kommunalwahl

Kreistag

Stadtrat

www.fdp-nordhausen.de

- | | |
|---|---|
| <p>1. Franka Hitzing</p> <p>2. C. P. Roßberg</p> <p>3. Klaus-D. Drick</p> <p>4. Manuel Thume</p> <p>5. Antonius Pille</p> <p>6. Roy Thelemann</p> <p>7. Ulrich Wilke</p> <p>8. Andreas Kruse</p> <p>9. Uwe Kühne</p> | <p>10. Pierre Becker</p> <p>11. K. Heinemann</p> <p>12. Heike Agel</p> <p>13. Ingmar Flohr</p> <p>14. Martin Höfer</p> <p>15. R. Klingebiel</p> <p>16. Kurt Heidecke</p> <p>17. Helmut Günther</p> <p>18. Hans-M. Kamp</p> |
|---|---|

- | | |
|--|---|
| <p>1. Martin Höfer</p> <p>2. C. P. Roßberg</p> <p>3. Manuel Thume</p> <p>4. Sylvia Daehn</p> <p>5. Dr. W. Hoepker</p> <p>6. Antonius Pille</p> <p>7. Andreas Kruse</p> <p>8. Michael Seifert</p> | <p>9. R. Thelemann</p> <p>10. Pierre Becker</p> <p>11. Klaus-Uwe Koch</p> <p>12. Hans-M. Kamp</p> <p>13. R. Klingebiel</p> <p>14. Petra Stürmer</p> <p>15. M. Hardrath</p> |
|--|---|

Am 25.05.



ANZEIGEN

Rechtsanwälte
Roßberg & Koll.

<p>Claus Peter Roßberg Rechtsanwalt Fachanwalt für Arbeitsrecht und Familienrecht Arbeitsrecht • Bau- und Architektenrecht • Erbrecht • Familienrecht • Forderungseinzug Insolvenzberatung • Miet- und Pachtrecht • Sozialrecht • Strafrecht • Verkehrs- und Versicherungsrecht • Vertragsrecht • Verwaltungsrecht • Wirtschaftsrecht • Zivilrecht <small>* angestellter Rechtsanwalt</small></p>	<p>Michael Seifert Rechtsanwalt* Fachanwalt für Verwaltungsrecht Arbeitsrecht • Bau- und Architektenrecht • Erbrecht • Familienrecht • Forderungseinzug Insolvenzberatung • Miet- und Pachtrecht • Sozialrecht • Strafrecht • Verkehrs- und Versicherungsrecht • Vertragsrecht • Verwaltungsrecht • Wirtschaftsrecht • Zivilrecht <small>* angestellter Rechtsanwalt</small></p>
--	---

Käthe-Kollwitz-Straße 14 • 99734 Nordhausen
Telefon: (0 36 31) 69 48 60 • Telefax: (0 36 31) 69 48 64
E-Mail: info@rossberg-rechtsanwaelte.de • Internet: www.rossberg-rechtsanwaelte.de

EP: Menzel

Unser Service macht den Unterschied.

www.epmenzel.de

Mal so beobachtet

VON MARTIN HÖFER

Schaut man sich die Parteien in der Bundesrepublik und ihre öffentlich gemachten Programme an und stellt sie der tatsächlichen Politik gegenüber, so kann man leicht im Kopf durcheinander geraten.

„Bündnis 90 / Die Grünen“. Sie war die Partei der Pazifisten. Sie war die Partei, die vehement gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr war. Bis sie mit Joschka in der Regierung saß und die Bundeswehreinätze im ehemaligen Jugoslawien und Afghanistan mit befahlen.

Die „CDU“. Sie war die Partei, welche den geplanten Atomausstieg als für die Wirtschaft zu schnell bewertete und dann die Partei, der es damit gar nicht schnell genug gehen konnte.

Die „SPD“ war die Partei, die bei der „sozialen Marktwirtschaft“ der Garant für das Soziale war. Der Garant für die soziale Sicherung, bis Herr Kanzler Schröder sich von eben diesen verabschiedete.

SCHLUSSFOLGERUNG:
Wenn man heute soziale linke Politik will, muss man die FDP wählen.

Verwalten • Vermieten • Vermarkten

Grimmelallee 50
99734 Nordhausen

Fon: 0 36 31 – 97 55 55
Fax: 0 36 31 – 4 78 28 33

info@profil-hausverwaltung.de
www.profil-hausverwaltung.de

IMPRESSUM (V. i. S. d. P.)

<p>FDP Nordhausen Altendorf 60 99734 Nordhausen Telefon: 03631/982289 E-Mail: fdp-nordhausen@fdp.de</p>	<p>Internet: www.fdp-nordhausen.de Auflage: 40.000 Grafik & Redaktion: Martin Höfer (MHö), Manuel Thume, Dr. W. Höpker, A. Pille, C. P. Roßberg</p>
---	--